



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2018/04638**
Datum: 22.11.2018
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Inés Brock
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	29.11.2018	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	04.12.2018	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	19.12.2018	öffentlich Entscheidung

Betreff: **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017" (VI/2018/04385);
hier: Budget Förderrichtlinie Umwelt- und Naturschutzprojekte**

Beschlussvorschlag:

Als Budget für die geplante Förderung von Umwelt- und Naturschutzprojekten im Jahr 2019 wird der Ansatz für Transferaufwendungen im Produkt 1.56101 Umweltschutz um 15.000 Euro auf 18.000 Euro erhöht.

gez. Dr. Inés Brock
Fraktionsvorsitzende

Begründung:

Unsere Fraktion hatte im Januarstadtrat 2018 einen Antrag zur städtischen Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes gestellt – vgl. Antrag VI/2018/03721. Dieser wurde in der Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 15. März zurückgezogen, da versichert wurde, dass bereits seitens der Stadtverwaltung an einer Förderrichtlinie für Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes gearbeitet werde, um die im HH 2018 bereitgestellten 3.000 Euro für Fördermaßnahmen auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes auch ausreichen zu können. Eine Erhöhung des Betrages könne im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2019 diskutiert werden.

Vorgeschlagen wird, auch ohne Beschlussfassung zur Richtlinie ein angemessenes Budget für die Aufgabe bereitzustellen. Auf schriftliche Anfrage im Auguststadtrat 2018 (VI/2018/04302) wurde mitgeteilt, dass die Förderrichtlinie im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 11. Oktober 2018 eingebracht werde. Zuletzt wurde die Einbringung für Dezember 2018 angekündigt, die ursprünglich vorgesehen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 06.12.2018 wurde allerdings inzwischen abgesagt. Eine Beschlussfassung ist damit erst im neuen Kalenderjahr möglich, ein Budget sollte aber mit Beschluss zum Haushalt festgelegt werden.